

Kantone fordern ein Stück
des 2-Milliarden-Pakets Seite 14In der AKW-Debatte macht sich
Nüchternheit breit Seite 15Ständeräte für harte Linie bei der
Amtshilfe in Steuersachen Seite 15Pudel Balu im staatlich
verordneten Hundekurs Seite 17

«Schule hat nicht zum Sex anzuleiten»

Regine Aeppli, Präsidentin der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren, zu den Arbeiten am Lehrplan 21

Der Lehrplan 21 werde die Lehrer fordern, aber ein gutes Instrument sein. Regierungsrätin Regine Aeppli, Präsidentin der Deutschschweizer Steuergruppe, plädiert für Noten und für eine vernünftige Sexualpädagogik.

Frau Aeppli, wie ist der Stand der Arbeiten am Lehrplan 21?

Wir sind im Fahrplan. Derzeit sind die Fachbereichsteams damit beschäftigt, die inhaltlichen Strukturen der einzelnen Fachbereiche zu definieren. Diese wollen wir im Oktober in der Plenarversammlung der Erziehungsdirektorenkonferenz verabschieden. Ich bin überzeugt, dass die Vorgaben der Bundesverfassung, das Schulwesen und die Ziele der Bildungsstufen zu harmonisieren, mit einem gemeinsamen Lehrplan am wirksamsten erreicht werden können.

Gab es bisher unvorhergesehene Schwierigkeiten oder sonstige Probleme?

Was die Mitwirkung der Kantone angeht, gab es bisher keine Opposition. Wir hatten allerdings Auseinandersetzungen mit einzelnen Bundesämtern, die direkt auf den Lehrplan Einfluss nehmen wollten.

Die Lehrerschaft klagt über die von Bildungsbürokraten verordneten Reformen. Auf welche Belastung müssen sich Schule und Lehrer einstellen?

Breite Konsultationen im Schulwesen gingen dem Grundlagenpapier des Lehrplans 21 voraus. Das Echo war überraschend positiv. Die Lehrerschaft signalisierte ein grosses Interesse an einem Lehrplan, der sich an Kompetenzen orientiert, weil solche ihr mehr Handlungssicherheit versprechen. Bei der Einführung wird es sicher auch andere Töne geben, denn ohne Zusatzaufwand kann ein neuer Lehrplan nicht eingeführt werden.

Im Lehrplan 21 wird von Fachbereichen gesprochen. Das passt nicht allen. Besonders auch die Naturwissenschaftler üben Kritik: Sie hätten im 3. Zyklus lieber die klassische Unterteilung in Physik, Chemie, Biologie. Kommt man dieser Forderung nach?

Darüber wurde im Voraus intensiv diskutiert. Man hat sich dann für Fachbereiche statt Fächer entschieden und das so im Grundlagenplan festgehalten. Dieser gilt weiterhin.

Wie sieht dann das Lehrmittel aus? Ein Buch mit ein bisschen Physik, Biologie und Chemie?

Dass man von Fachbereichen spricht, heisst nicht, dass es keine fachspezifi-

«Unsere Volksschule hat auch einen Integrations- und Erziehungsauftrag.»

schen Lehrmittel gibt. Wir haben im Kanton Zürich den Fachbereich Mensch und Umwelt. Dazu gibt es ganz unterschiedliche Lehrmittel. Das wird voraussichtlich auch im Fachbereich Naturwissenschaften so sein.

Überfachliche Themen sollen klassische Lerninhalte ergänzen. Im Grundlagenpapier ist von der beruflichen Orientierung, ICT, Gender und Demokratie die Rede. Die Wirtschaft fordert jedoch die Berufswahl als vollwertiges Schulfach. Wird diesem Wunsch entsprochen?

Nein, die berufliche Orientierung ist als überfachliches Thema vorgesehen wie ICT und Medien.

Es gibt Schätzungen, nach denen rund 25 000 Jugendliche ohne berufliche Perspektiven aus der Arbeitslosenkasse aus- gesteuert werden und der Sozialhilfe an-



Regine Aeppli: Für Sexualerziehung sind primär die Eltern zuständig. JANINE SCHRANZ / NZZ

heimfallen. Muss die Schule hier nicht reagieren?

Für mich hat ein Schulfach «Berufliche Orientierung» keinen Sinn. Die berufliche Orientierung ist sehr wichtig, aber sie ist je nach Lehre oder weiterführender Schule unterschiedlich. Die Schule hat in erster Linie einen allgemeinbildenden Auftrag.

Kritiker sagen, mit den überfachlichen Kompetenzen werde der Schule das Instrument gegeben, um von der Bildungsinstitution zur Erziehungsinstitution zu werden. Lehrer können aus diesem Auftrag alles und nichts ableiten.

Die Fachbereiche orientieren sich am heutigen Kanon: Rechnen, Lesen, Schreiben, Naturwissenschaften, Bewegung und Musisches. Daneben gibt es die überfachlichen Kompetenzen, die es in allen Fächern braucht, wie etwa Sprachfähigkeit oder Selbständigkeit. Und ja: Unsere Volksschule hat auch einen Integrations- und Erziehungsauftrag. In jeder Gemeinschaft braucht es soziale Kompetenzen und gegenseitige Toleranz für ein friedliches Zusammenleben. Das will auch gelernt sein.

Störend wäre aber, wenn den Lehrern mit dem Lehrplan 21 gesagt wird, wie sie die Kinder zu erziehen haben.

Es werden keine Vorgaben gemacht, wie erzogen werden muss.

Wird es bei den überfachlichen Kompetenzen ebenfalls Standards geben?

Nein.

Der Lehrplan 21 orientiert sich an anwendbaren Kompetenzen. Deren Beschreibung bleibe schwammig, monieren Kritiker. Klare Lernziele seien besser. Kompetenzen sagen klarer als Lernziele, was Schulkinder am Ende eines Zyklus können müssen. Der Lehrplan 21 ist leistungsorientiert und ermöglicht es, Leistung besser zu beurteilen.

Als Kompetenz wird auch die Fähigkeit beschrieben, Wissen zu finden. Muss ein Kind noch Bruchrechnen können, oder genügt es, zu wissen, wo man nachschaut, wie man mit Brüchen rechnet?

Gegenüber den 1950er Jahren, an denen sich die SVP orientiert, hat sich die Rolle der Lehrperson stark verändert. Sie verfügt nicht mehr über das Wissensmonopol von damals und muss den Schulkindern auch zeigen, wie sie sich Wissen beschaffen können. Ohne die Fähigkeit, lesen, schreiben und rechnen zu können, geht das nicht.

Bleiben die Noten?

Das ist Sache der Kantone, der Lehrplan 21 sagt dazu nichts. Ich habe mich nie für die Abschaffung der Noten ausgesprochen.

Frau Aeppli, im Volk brodelt es. Die von Ulrich Schlüer propagierte Petition gegen eine «Sexualisierung» der Volksschule wurde offenbar innert Kürze von 20 000 Personen unterzeichnet.

Herr Schlüer hat schon im Kampf gegen Harnos bewiesen, dass er sich nicht durch Faktentreue auszeichnet. Die Be-

DER LEHRPLAN 21

msc. · Der Lehrplan 21 ist ein Projekt der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (D-EDK). Mit der Erarbeitung eines gemeinsamen Lehrplanes für die Volksschule setzen die Kantone Artikel 62 der Bundesverfassung um, die Ziele der Schule zu harmonisieren. Die Ausarbeitung des Lehrplans hat vor einem Jahr begonnen, 2014 wird er in den Kantonen eingeführt. Eine der wichtigsten inhaltlichen Neuerungen ist die Orientierung an Kompetenzen und die Festlegung der Fachbereiche. Ziel ist auch, Mobilitätshindernisse abzubauen. Die Hoheit der Kantone über Kindergarten und Schule bleibt bestehen.

hauptungen in diesem Zusammenhang sind grotesk. Im Grundlagenpapier zum Lehrplan 21 findet sich kein Wort zur Sexualerziehung. Im Zürcher Lehrplan werden auf der Primarstufe Themen wie Unterschiede zwischen Geschlechtern oder das Verhältnis zum eigenen Körper aufgegriffen. Es geht auch darum, Kinder vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Im Lehrplan 21 wird es ähnlich sein.

Wann ist der beste Zeitpunkt, um damit zu beginnen?

Das wissen die Lehrpersonen besser als eine Juristin wie ich.

Heikel ist der Begriff Sexualerziehung. Erziehung und nüchterne Aufklärung, zum Beispiel über HIV, sind nicht dasselbe.

Ein Streit um Begriffe führt nicht weiter. Für mich ist klar, dass in erster Linie die Eltern für die Sexualerziehung zuständig sind. Aber auch in der Schule ist man mit der Präsenz von zwei Geschlechtern konfrontiert. Lehrerinnen und Lehrer können auch nicht einfach die Augen verschliessen, wenn in der Klasse pornografische Bilder zirkulieren.

Das Bundesamt für Gesundheit hat ein Grundlagenpapier Sexualpädagogik erarbeiten lassen durch ein Luzerner Kompetenzzentrum. Zwar hat sich die EDK davon distanziert, aber befürchtet wird, dass die Ergebnisse in den Lehrplan 21 einfließen.

Es hat schon immer Leute gegeben, welche das Thema Sexualität tabuisieren wollen. Für mich ist das mit einer am Humanismus und an der Aufklärung orientierten Schule nicht vereinbar. In der Schule geht es darum, das Thema altersadäquat und sachlich zu behandeln.

Wer das Luzerner Papier liest, stellt sich aber schon Fragen. Da wird auf Lehrmittel verwiesen, die sexuelle Praktiken und Homosexualität in umstrittener Form thematisieren. Soll die Schule so weit gehen?

Wenn man Sexualpädagogik so definieren würde, dass darunter das Vermitteln von Sexualpraktiken verstanden wird,

«In einem Schulfach «Berufliche Orientierung» sehe ich keinen Sinn.»

bin ich auch dagegen. Schule hat nicht zum Sex anzuleiten. Es geht darum, den eigenen Körper und seine Veränderungen während der Pubertät zu verstehen. Die Existenz von Homosexualität gehört zum Thema.

Im Fachbereich Ethik, Religion, Gemeinschaft wird in der Vernehmlassung eine stärkere Gewichtung der christlich-jüdischen gegenüber anderen religiösen Traditionen gefordert. Reagieren die Macher des Lehrplans 21 darauf?

Der Lehrplan 21 lässt den Kantonen Freiräume. Im Kanton Zürich wollen wir auch in Zukunft, dass die Kinder am Anfang ihrer Schulzeit die vorherrschende christliche Religion und Kultur und ihre Werte kennenlernen. Auf der Oberstufe wird das Wissen über die Weltreligionen gleich gewichtet.

Wie beurteilen Sie die diversen Bestrebungen, die Lehrplanentscheidungen nicht mehr Bildungskommissionen und -räten zu überlassen, sondern Parlamenten zu übertragen? Sind sie eine Bedrohung für den Lehrplan 21?

Ich bin überzeugt, dass der Zürcher Kantonsrat im Falle eines solchen Vorstosses einsähe, dass es nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein kann, Lehrpläne und Stundentafeln zu erlassen, sondern dass es dafür ein Gremium von Sachverständigen wie den Bildungsrat braucht.

Interview: Michael Schoenenberger und Walter Bernet

Auftrieb für neue Kampfjets

SiK gegen Sonderfinanzierung

Die Sicherheitspolitische Kommission fordert den raschen Kauf neuer Kampfflugzeuge. Sie will die Jets aus dem Rüstungsbudget finanzieren und dieses auf jährlich 5 Milliarden aufstocken.

fon. Bern · Dass die Armee grösser und teurer werden soll, darüber besteht innerhalb der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments Einigkeit. So hat sich die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrates jüngst im Einklang mit dem Ständerat für eine Armee von 100 000 Dienstpflichtigen ausgesprochen – und damit gegen den Bundesrat entschieden, der in seinem Armeebudget eine Armee mit 80 000 Angehörigen und einem Budget von jährlich 4,4 Milliarden Franken skizziert hatte. Wie der militärische Ausbau finanziert werden soll, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Ehrgeizige Vorgabe

Wie SiK-Präsident Jakob Büchler (csp., St. Gallen) am Freitag vor den Medien erläuterte, favorisiert die Kommission in der Finanzierungsfrage eine andere Lösung als der Ständerat. Nach zusätzlichen Kostenberechnungen, welche sie von Verteidigungsminister Ueli Maurer eingefordert hat, geht die SiK davon aus, dass nicht nur die Armee von der beschlossenen Grösse, sondern auch die Beseitigung der Lücken bei der Ausrüstung (sie werden auf 1,2 Milliarden Franken veranschlagt) sowie der Ersatz der veralteten Tiger-Flotte mit einem jährlichen Kostendach von 5 Milliarden Franken finanzierbar sind. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nicht über das ordentliche Rüstungsprogramm, sondern über eine Sonderfinanzierung zu regeln, wie dies der Ständerat im Juni gutgeheissen hat, lehnt die SiK ab.

Der Ausgabenplafond von jährlich 5 Milliarden Franken sei zwar eine ehrgeizige Vorgabe und verlange von der Armee, Prioritäten zu setzen, führte Büchler aus. Doch anders als eine Sonderfinanzierung für die Kampfflugzeuge, die das Vorhaben zeitlich stark verzögern würde, diene der von der SiK eingeschlagene Weg der Kostentransparenz und der Planungssicherheit für die Armee. Auch könne das Geschäft so endlich abgeschlossen werden.

Die SiK drängt den Bundesrat, den Typenentscheid angesichts der Ende 2011 auslaufenden Offerten jetzt zu fällen und die entsprechenden Beträge für den Tiger-Ersatz in die Rüstungsprogramme 2012 und 2013 einzubauen. Die Offerten der Hersteller liegen zwischen 3,3 und 4,8 Milliarden Franken. Laut Büchler dürften die Flugzeuge aufgrund der veränderten Währungssituation nun aber wesentlich günstiger zu haben sein.

Fragen zur Finanzierung

Woher die Gelder für die Aufstockung des Rüstungsbudgets auf 5 Milliarden Franken kommen sollen und ob in anderen Bereichen des Bundeshaushalts Einsparungen notwendig werden, darüber scheint noch nicht restlos Klarheit zu bestehen. Büchler wies auf Restkredite hin, die einbezogen werden könnten. Auch wurde in der SiK darüber diskutiert, ob ein Betrag aus dem geplanten 2-Milliarden-Hilfsprogramm für die Wirtschaft für den Flugzeugkauf verwendet werden soll. Weiter will die SiK mit einer Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes erreichen, dass auch Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen des Verteidigungsdepartements für die Beschaffung von Rüstungsgütern eingesetzt werden können. – SP und Grüne kritisieren die geplante Vergrößerung der Armee als überzogen und wollen das Vorhaben entschlossen bekämpfen.